

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Kerstin Griese (SPD), Vorsitzende des Bundestagsausschusses Arbeit und Soziales, gab heute, 10.04.15, dem Südwestrundfunk ein Interview zum **Thema 100 Tage Mindestlohn**.

Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Pascal Fournier.

Mit freundlichen Grüßen
Zentrale Information

Chefredaktion Hörfunk
Zentrale Information

SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden

Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981

Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 10.04.2015

SPD-Arbeitsexpertin Griese zu 100 Tage Mindestlohn: „Erste Bilanz eindeutig positiv“

Baden-Baden: Die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese (SPD), hat den gesetzlichen Mindestlohn gegen Kritik verteidigt. 100 Tage nach seiner Einführung zeige sich, dass die Warnungen vor dem Mindestlohn unbegründet gewesen seien, sagte Griese im Interview mit dem Südwestrundfunk (SWR). Es gebe keine Jobverluste, kaum Preissteigerungen und in der Bevölkerung eine Zustimmungsrate von rund 86 Prozent, so Griese im SWR-Tagesgespräch. Die SPD-Politikerin verwies auf Entlastungen für den Steuerzahler: durch den Mindestlohn sei die Zahl der sogenannten Hartz-IV-Aufstocker um etwa 50.000 gesunken. 3,7 Millionen Menschen profitierten vom Mindestlohn, weitere 4,6 Millionen von branchenspezifischen Mindestlöhnen – insgesamt habe die Einführung „einer der größten arbeitsmarktpolitischen Reformen“ „gut funktioniert. Wo jetzt noch Probleme auftauchten, so die Vorsitzende des Arbeits- und Sozialausschusses, würden diese im Dialog mit den betroffenen Branchen gelöst. Von einer Bestandsaufnahme in knapp zwei Wochen im Kabinett erwartet Griese keine wesentlichen Änderungen. Die SPD-Politikerin wörtlich: „Einen Mindestlohn light wird es mit uns nicht geben.“

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Fournier: Hundert Tage gesetzlicher Mindestlohn. Kann man denn schon eine erste Bilanz ziehen, oder ist Ihnen das eigentlich noch zu früh?

Griese: Es ist zwar früh, aber die erste Bilanz ist eindeutig positiv. Es sind 3,7 Millionen Menschen, die von dem gesetzlichen Mindestlohn profitieren, die jetzt endlich 8,50 Euro Mindestlohn bekommen. Es sind ja auch noch mal 4,6 Millionen Menschen, die in Branchenmindestlöhnen sind. Das heißt, dafür, dass das eine der größten arbeitsmarktpolitischen Sozialreform war, die wir gemacht haben, hat die Einführung gut funktioniert. Und da, wo es noch Probleme gibt, werden wir die lösen im Dialog mit den betroffenen Branchen.

Fournier: Das positive Fazit ist jetzt nicht ganz überraschend. Der Mindestlohn war ja eine Herzensangelegenheit Ihrer Partei. Entdecken Sie denn trotzdem auch noch Kinderkrankheiten daran?

Griese: Man muss erst einmal sehen, dass viele der prophezeiten nicht nur Kinderkrankheiten, sondern großen Katastrophen gar nicht eingetreten sind. Wir haben keine Jobverluste. Wir haben kaum Preissteigerungen. Wir haben 86 Prozent der Bevölkerung, die weiterhin, wie auch schon im letzten Jahr, sagen, dass sie den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro positiv finden, und wir werden etwas über 50.000 weniger Aufstocker in Hartz IV haben. Das entlastet auch die Steuerzahler. Das heißt, alle Katastrophen, die prophezeit wurden, sind nicht eingetreten. Im Gegenteil, wir haben keine Jobverluste und eine sehr große Zustimmung zum Mindestlohn.

Fournier: Die massive Kritik am Mindestlohn vonseiten der Wirtschaftsverbände, auch vom Koalitionspartner Union, umfasst im Wesentlichen drei Punkte: Dokumentationspflicht, die Generalunternehmerhaftung, das ist diese Regelung, dass ein Unternehmer auch für die Einhaltung des Mindestlohns durch alle Subunternehmer haften muss. Und das Thema Jobkiller haben Sie gerade schon angesprochen. Aber was sagen Sie denn in den beiden anderen Kritikpunkten den Kritikern?

Griese: Die Dokumentationspflicht ist ein gutes Thema, denn mich wundert doch da einige Kritik. Ich frage mich, wie bisher Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander kooperiert haben, wenn sie ihre Arbeitszeiten nicht aufgeschrieben haben. Es ist ganz klar, dass wir 8,50 Euro Mindestlohn für eine Stunde wollen und nicht für anderthalb Stunden. Deshalb muss man selbstverständlich notieren, wie lange man arbeitet. Ich kenne Arbeitsverhältnisse nur so, dass das bisher auch schon überall Praxis ist. Man kann auch einfach nur handschriftlich aufschreiben, von wann bis wann man arbeitet und wie viele Stunden das sind. Das dauert wenige Sekunden am Tag. Insofern ist ganz klar, dass die Dokumentation der Arbeitszeit zwingend dazugehört, wenn man den gesetzlichen Mindestlohn einhalten will. Und deshalb wundert mich Kritik daran. Ich glaube, dass das praktisch sehr einfach zu handhaben ist und auch in den Fällen, wo es Kritik gab, haben wir das schon geklärt. Der Zettel, wo man einfach nur von bis wie viel Uhr man gearbeitet hat, aufschreibt, ist ganz einfach zu erstellen.

Fournier: Ich bin bei der Recherche über Zahlen der IHK Koblenz gestolpert. Demnach sagen von 269 Unternehmen dort 87 Prozent, die Zeiterfassung sei ein großes Problem. Die können sich doch nicht alle abgesprochen haben.

Griese: Ich frage mich aber, wie sie bisher die Zeit erfasst haben, denn auch bisher mussten sie das, wenn sie Arbeitnehmer haben und ihre Abrechnung gemacht haben. Ich glaube, das wird sich einspielen, die Kritik daran ist jetzt ein großer Aufschrei, aber wir haben es schon in vielen Fällen auch praktisch gelöst. Wir haben zum Beispiel im Bereich des Ehrenamts im Sport genau geklärt, wie man das regeln kann. Und wir sind auch jetzt mit den anderen Branchen im Gespräch. Also, die Erfassung der Arbeitszeit gehört zwingend dazu, wenn man den Mindestlohn einhalten will.

Fournier: Laut Bundesagentur für Arbeit sind seit Januar viele Minijobs verschwunden. Wohin, weiß man noch nicht so genau, aber ein Zusammenhang mit dem Mindestlohn liegt zumindest nahe. Macht Ihnen das keine Sorgen?

Griese: Es sind etwa 100.000 Minijobs weniger. Das ist das saisonal Übliche. Wir wissen aber jetzt noch nicht, das wird man erst im Herbst feststellen können, ob die nicht vielleicht in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gegangen sind. Das wäre gut. Das wäre ja auch Sinn der Sache. Mit einem Minijob kann man beim Mindestlohn 53 Stunden im Monat arbeiten und gerade bei den Minijobs haben wir viel Missbrauch erlebt. Da wurden oft mehr Stunden Arbeit verlangt, als es tatsächlich bis 450 Euro möglich ist. Deshalb ist es auch so wichtig, dass gerade bei Minijobs – außer bei denen im Haushalt, da haben wir es ausgenommen – die Stunden aufgezeichnet werden. Wir haben in vielen Fällen jetzt auch auf der Hotline, die das Ministerium geschaltet hat oder die der DGB geschaltet hat, Fälle erlebt, wo Menschen

berichten, dass auch tatsächlich versucht wird, den Mindestlohn zu umgehen. Wo zum Beispiel versucht wird, dass mehr Stunden gearbeitet werden müssen, als aufgezeichnet werden. Wo in Fleischereien den Mitarbeitern „Messergeld“ einbehalten wird. Wo Kinobesitzer gefragt haben, ob sie Popcorn Gutscheine mit dem Mindestlohn verrechnen können. All solche Dinge, die anscheinend schon Praxis waren, kommen jetzt ans Licht – durch den Mindestlohn. Die sind nicht die Ursache beim Mindestlohn, sondern sie kommen jetzt ans Licht. Und wenn all das geklärt wird, ist das eine gute Sache sowohl für die Arbeitnehmer, aber auch – und das ist mir wichtig – für die fairen und ehrlichen Arbeitgeber und Unternehmen. Denn die Dumpinglohn-Konkurrenz wird dann bestraft.

Fournier: Wirtschaftsexperten sagen, die Einführung des Mindestlohns kommt praktisch zum perfekten Zeitpunkt: Die Konjunktur brummt, die Arbeitslosigkeit ist niedrig. Frau Griese, was passiert denn, wenn die Konjunktur abflaut?

Griese: Es ist gut und richtig, dass wir den Mindestlohn jetzt endlich eingeführt haben. Es hilft sicherlich, dass wir das in einer wirtschaftlich positiven, konjunkturell positiven Lage gemacht haben. Aber wir sind ja eines der letzten Länder in Europa, das den Mindestlohn eingeführt hat, und haben übrigens auch längst nicht den höchsten Mindestlohn in Europa. Insofern ist es gut, dass er jetzt eingeführt wird, und er wird auch weiterhin seine Kraft entfalten und gut wirken. Wir sehen ja schon jetzt, dass er sogar konjunkturell hilft. Der Einzelhandel sagt ganz klar, er profitiert vom Mindestlohn. Und insofern nützt er auch für die wirtschaftliche Lage.

Fournier: Die CSU fordert, Ihr Parteichef Gabriel soll sich für deutliche Nachbesserungen einsetzen. Das hat er abgelehnt, aber in knapp zwei Wochen muss Arbeitsministerin Nahles der Kanzlerin Bericht erstatten. Ganz kurz: Erwarten Sie, dass dann Nachbesserungen verordnet werden?

Griese: Ich erwarte, dass wir am Gesetz nichts ändern. Einen „Mindestlohn light“ wird es mit uns nicht geben. Aber die Bestandsaufnahme wird gemacht, und da, wo es praktische Probleme gibt, werden wir die lösen. Viele betreffen auch das Arbeitszeitgesetz und nicht das Mindestlohngesetz, und da kann man sicherlich gucken, wo man helfen kann.

- Ende Wortlaut -